

OA-Update / 7, 12. Mai 2021

Osteuropa



Die fünf Länder der Regionaldirektion können mit Blick auf die Corona-Infektionslage positiver in die Zukunft schauen. Die Dynamiken flachen in allen fünf Ländern ab. Dennoch kommen die Impfkampagnen mangels Impfstoffes aktuell noch nicht schnell genug voran. In der Region hält sich die Inflation oftmals über den festgelegten Zielkorridoren. Einige Zentralbanken reagierten mit Leitzinserhöhungen.

In der Ukraine wurde im April ein neuer Energieminister durch eine fraktionsübergreifende, parlamentarische Mehrheit gewählt. Gleichzeitig beruhigte sich die militärische Lage an den Grenzen zu Russland und im Donbass. In Belarus stabilisierte sich die gesamtwirtschaftliche Lage leicht. Die Unternehmen blicken etwas weniger pessimistisch in die Zukunft. Georgien hat ein neues Waldbewirtschaftungsgesetz verabschiedet und in Armenien stehen nach der Abwahl des Regierungschefs Nikol Paschinjan für den 20. Juni 2021 vorgezogene Neuwahlen an.

Hier alle Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ukraine

Das **russische** Verteidigungsministerium meldete am 23. April, dass seine **Truppen** begonnen hätten, sich zu den jeweiligen Punkten der „ständigen Stationierung“ **zurückzuziehen**. Der **russische Truppenaufmarsch im Westen des Landes und militärische Übungen rund um die annektierte Halbinsel Krim** sowie im Schwarzen Meer und im Asowschen Meer hatten im April **für große Unruhe in der Ukraine gesorgt**. Für längerfristige Bedenken dürfte sorgen, dass zwar zunächst eine nicht genau definierte Anzahl von Truppen zurückgezogen wird, Ausrüstung jedoch weiter vor Ort verbleibt. Das **Eskalations- und Drohpotenzial bleibt damit hoch**.

Die **ukrainische Nationalbank (NBU)** hat Details zu ihrer Entscheidung vom 14. April bekannt gegeben, den **Leitzins um einen Prozentpunkt auf 7,5 Prozent zu erhöhen**. Die Ausschussmitglieder stellten einstimmig fest, dass sich die Verbraucherinflation weiterhin schneller als erwartet beschleunige. Die **Zinserhöhung sei notwendig**, um das **Kernziel der Inflation von fünf Prozent zu erreichen**. Die NBU erwarte, dass der höhere Leitzins die Interbankenzinsen und die Zinssätze für Unternehmenseinlagen steigern wird. Die Anhebung der Zinssätze für Einlagen der Bevölkerung wird bis Mitte des Jahres 2021 erwartet.

Die Arbeit der **Nationalbank der Ukraine** wird weiterhin von **Unstimmigkeiten in der Geschäftsleitung überschattet**. Das Kiewer Bezirksverwaltungsgericht hat Anfang April die Entscheidung des Rates der Nationalbank der Ukraine (NBU), die stellvertretenden NBU-Gouverneure Katerina Roschkowa und Dmitro Sologub zu maßregeln, für illegal erklärt und damit aufgehoben. Die NBU-Leitung legte umgehend Berufung gegen die Entscheidung des Gerichts ein. **Roschkowa und Sologub sind die einzigen beiden NBU-Vorstandsmitglieder** (von insgesamt sechs), die ihre **Positionen nach der Vorstandsumbildung**, die im Juli 2020 mit dem Rücktritt von NBU-Gouverneur Jakiw Smolij begann, **behalten hatten**.

Das ukrainische Finanzministerium konnte auch **im April erfolgreich Anleihen platzieren** und damit die positive Entwicklung in diesem Bereich fortschreiben. Eine internationale Anleihe mit einer **Laufzeit von acht Jahren in Höhe von 1,25 Milliarden US-Dollar** wurde mit einer **Rendite von 6,875 Prozent** ausgegeben.

Für das Jahr 2021 sieht der **ukrainische Staatshaushalt eine externe Kreditaufnahme von etwa 7,2 Milliarden US-Dollar vor**. Das Finanzministerium möchte den **Großteil** dieses Bedarfs **durch Kreditmittel des Internationale Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der EU decken**. Experten rechnen damit, dass maximal 2,5 Milliarden US-Dollar darüber generiert werden können, da die **Verhandlungen mit dem IWF aktuell stocken**. Das laufende Stand-By-Agreement zielt darauf ab, die mittelfristige fiskalische Nachhaltigkeit zu sichern, die Unabhängigkeit der Zentralbank zu bewahren, die finanzielle Stabilität zu erhöhen, die Korruption zu bekämpfen und die Regierungsführung zu stärken. **Experten gehen davon aus, dass die Ukraine bis Ende Juni alle Anforderungen erfüllt haben muss**, um die Überprüfung des Programms durch den Stab des IWF und die Überprüfung durch das Direktorium Ende Juli zu bestehen. **Die Zeit dafür scheint knapp bemessen**.

Das Ministerkabinett der Ukraine hat am 28. April 2021 **den bisherigen CEO des staatlichen Unternehmens Naftogaz, Andrii Koboliew, entlassen** und an seiner Stelle Juri Witrenko eingesetzt. Witrenko war zuvor amtierender Energieminister und hatte den Naftogaz-Konzern im Jahr 2020 nach Unstimmigkeiten mit der Unternehmensführung verlassen. Westliche **Partner** und insbesondere die Botschafter der G7-Staaten **kritisierten den Vorgang als Rückschritt**. Mit diesem würde die politische Führung unzulässig in die Kompetenzen öffentlicher Unternehmen eingreifen und die politische Unabhängigkeit gefährden. Da die **Entscheidung ohne Einbindung des Aufsichtsrates getroffen** wurde, **traten dessen Mitglieder Ende April geschlossen zurück**.

Neuer Energieminister wurde in diesem Zuge Herman Haluschenko. Für Haluschenko votierten 305 Parlamentarier (226 Stimmen wären nötig gewesen) und damit eine fraktionsübergreifende Mehrheit. **Mit der Wahl Haluschenkos endet eine mehr als einjährige Phase, in der verschiedene Kandidaten für den Posten des Energieministers keine Mehrheit bekamen** und lediglich geschäftsführend im Amt waren. **Haluschenko ist eine Kompromisslösung** der verschiedenen Strömungen im Parlament. Vorgängerkandidaten und Kandidatinnen hatten zum Teil auf Grund ihrer klaren Ausrichtung keine Chance auf eine Mehrheit. Witrenko war als einer der früheren Kandidaten zum Beispiel an seiner klaren europäischen Ausrichtung gescheitert. Ob der neue Minister genügend politische Kraft entfalten kann, um die Herausforderungen des Sektors zu bewältigen und die verschiedenen Interessengruppen zu integrieren, bleibt abzuwarten.

Die **Ukraine** hat in den zurückliegenden Monaten **verschiedene Handelsabkommen geschlossen**. Ukrainische Exporteure von Milch und anderen Molkereiprodukten können nun unter anderem erleichtert nach **Japan, Libyen, Argentinien und in den Libanon liefern**. Auch **Äthiopien, Serbien und die VAE** können nun **mit bestimmten landwirtschaftlichen Gütern beliefert werden**.

Belarus

Die **Nationalbank von Belarus** sah sich nach sechs Jahren erstmals gezwungen, den **Leitzins anzuheben**. Im Rahmen der Sitzung am 21. April 2021 wurde der Zins **um 0,75 Prozent auf 8,5 Prozent** angehoben. Grund dafür ist die Inflationsentwicklung, die seit dem Sommer 2020 deutlich über dem Ziel von fünf Prozent liegt. Im März verlangsamte sich dieser Trend erstmals. Gründe dafür könnten in den eingeführten Preiskontrollen für bestimmte Güter des täglichen Bedarfs oder Apothekenprodukte liegen.

Erstmals seit dem Herbst 2020 deuten aktuelle **Geschäftsklimaumfragen in Belarus wieder auf etwas mehr Zuversicht** in der Wirtschaft hin. In einer **Umfrage der Nationalbank** von Belarus bleiben die **Geschäftserwartungen** in Handel und Industrie zwar **weiterhin im negativen Bereich**. **Allerdings erholten sich die Werte leicht**. Der private Minsker **Wirtschafts-Think Tank IPM** erhebt ebenfalls einen Index zu Unternehmenserwartungen. Dort erholten sich die **Erwartungen deutlich und erreichen fast die Schwelle zu Wachstumserwartungen**.

Sehr unterschiedlich **fallen weiterhin die Wachstumsprognosen für die Wirtschaft des Landes aus**. Während die Weltbank eine Schrumpfung der Wirtschaft von 2,2 Prozent voraussagt, prognostiziert der IWF minus 0,4 Prozent. Die EBRD erwartet ein Plus von einem Prozent und die Bank J.P. Morgan zwei Prozent, wie die Analysten des German Economic Team mitteilen. **Dies reflektiere das hohe Maß an Unsicherheit im Land**.

Die **belarussische Entwicklungsbank** hat im ersten Quartal 2021 Unternehmen mit einer Rekordsumme für Exporte unterstützt und **stellte Exportkredite im Gegenwert von rund 384 Millionen BYN** (rund 124,5 Millionen Euro) **zur Verfügung, ein Wachstum von plus 178 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum**. Metallwalzprodukte (22,3 Prozent), Automobile und Komponenten (18,6 Prozent), Traktoren und Komponenten (17,8 Prozent) sowie Farbe und Lacke (5,9 Prozent) standen im Fokus, Textilprodukte und Desinfektionsmittel wurden in die Liste der von der Bank finanzierten Exporte aufgenommen. 56,2 Prozent der Förderungen entfielen auf Exporte nach Russland, 18,2 Prozent auf Exporte nach Litauen und 5,7 Prozent auf Exporte nach Kasachstan. Verstärkt gefördert wurde auch der Export in die Ukraine, nach Polen, in die Mongolei, nach Singapur, in afrikanische Staaten und nach Usbekistan.

Südkaucasus

Die Regierung von **Georgien** hat eine **neue Regelung zur Waldnutzung verabschiedet**, wie das georgische Umweltschutzministerium mitteilte. Im Rahmen der neuen Regelung wird der Zugang zu Holz und Nicht-Holz, sowie zu Holzabfällen, die aktiv zur Erzeugung alternativer und umweltfreundlicher Energiequellen genutzt werden, für die Bevölkerung, den öffentlichen und den Wirtschaftssektor neu geregelt. **Die kommerzielle Produktion von Brenn- und Bauholz wird mit der Neuregelung nun ausschließlich durch die Organe der Forstverwaltung geregelt und beaufsichtigt**.

Abgeschafft wird die Lizenzierung zur Nutzung von Waldgebieten, die bisher Pflege und Aufforstung mit der kommerziellen Nutzung verbanden. Das System der Lizenzierung habe nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht. **Die Aufforstungs- und Pflegeaktivitäten gleichen die Entnahmen nicht aus**.

Georgische Bauern werden künftig die Möglichkeit haben, aktuell bewirtschaftetes Land mit einem Rabatt von 25 Prozent vom Staat zu erwerben, teile Wirtschaftsministerin Natia Turnava mit. In Georgien existieren etwa 2.000 Landwirte, die Land vom Staat gepachtet haben, von denen sich bereits 439 Landwirte für den Kauf ihres Landes registriert haben. **Die Regierung möchte mit dem Kaufprogramm die Agrarproduktion anregen**. Unberührt davon bleibt das Verbot für Ausländer Land zu erwerben.

Der georgische Premierminister Irakli Garibaschwili hat am 7. Mai 2021 **Vazil Hudak**, den **ehemaligen Vizepräsidenten der Europäischen Investitionsbank (EIB) und ehemaligen Wirtschaftsminister der Slowakei**, zu seinem **Sonderberater für ausländische Investitionen ernannt**. Ausländische Investitionen sollen laut Garibaschwili eine führende Rolle für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Georgiens spielen. Hudak will die dafür notwendige finanzielle Unterstützung aus dem öffentlichen und privaten Sektor mobilisieren.

Vor dem Hintergrund des wachsenden Inflationsdrucks beschloss die Nationalbank von Georgien, den Zinssatz um einen Prozentpunkt zu erhöhen. Mit dieser Maßnahme soll die Inflation dem Zielwert von vier Prozent im Jahresdurchschnitt 2021 angenähert werden. Aktuell rechnet man mit 6,5 Prozent.

Das **armenische** Parlament hat die **notwendigen formalen Schritte unternommen**, um **Neuwahlen zu ermöglichen**. Premierminister Nikol Paschinjan, der offiziell am 26. April 2021 zurücktrat, erreichte in zwei Abstimmungen am 3. Mai und am 10. Mai keine eigene Mehrheit. Nach zwei gescheiterten Abstimmungen muss das armenische Parlament laut Verfassung aufgelöst und Neuwahlen angesetzt werden. **Diese sind für den 20. Juni geplant**. Paschinjans Block nominierte diesen formell für die beiden Abstimmungen, um ihn dann anschließend nicht zu bestätigen. Nach dem von Russland vermittelten Waffenstillstand im Krieg mit Aserbaidschan (November 2020) geriet der Premier unter starken innenpolitischen Druck und machte trotz absoluter parlamentarischer Mehrheit den Weg für vorgezogene Neuwahlen frei.

Die Regierung von Armenien hat sich zum **Ziel gesetzt, den Haushalt bis zum Jahr 2026 zu konsolidieren**. Finanzminister Atom Dschanjugasjan kündigte an, die öffentlichen Schulden, die im Rahmen der Corona-Krise sowie im Zuge des Krieges mit Aserbaidschan aufgenommen werden mussten, innerhalb der nächsten fünf Jahren im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung deutlich zu reduzieren. **Die Schuldenquote bis Ende des Jahres 2021 wird voraussichtlich auf etwa 70 Prozent des BIP ansteigen. Gesetzlich sind nur 60 Prozent zulässig**. Rund 75 Prozent der Staatsschulden hält Armenien in Fremdwährung.

Der **International Währungsfonds schloss am 21. April 2021 seine Evaluierungsmission in Armenien ab**. Der Schlussbericht stellt fest, dass sich die wirtschaftliche Erholung des Landes wahrscheinlich langwierig gestalten wird. Der Ausblick des IWF erwartet für das Jahr 2021 ein Wachstum von etwa einem Prozent, und 3,5 Prozent im Jahr 2022.

Die **Zentralbank von Aserbaidschan** und der Zahlungs- und Kreditkartendienstleister **Visa** haben eine **strategische Partnerschaftsvereinbarung über die Zusammenarbeit zur Ausweitung des digitalen Zahlungsverkehrs im Land unterzeichnet**. Die neue strategische Vereinbarung umfasst Initiativen zur Entwicklung des bargeldlosen und sicheren mobilen Zahlungsverkehrs in Aserbaidschan, zur Implementierung innovativer Zahlungslösungen, zur Steigerung des mobilen Zahlungsverkehrs und zur Verbesserung der finanziellen Allgemeinbildung und der Inklusivität.

Über die **Gas-Pipeline TAP** von Aserbaidschan Richtung Italien wurden **im April 2021 42 Prozent mehr Erdgas** als im März des Jahres transportiert, teilte das Unternehmen Trans Adriatic Pipeline (TAP) AG mit. Insgesamt wurden seit der Inbetriebnahme im Dezember 2020 bereits mehr als eine Milliarde Kubikmeter Erdgas aus Aserbaidschan über den griechischen Kopplungspunkt Kipoi nach Europa befördert.

Der Vorstandsvorsitzende der **Zentralbank von Aserbaidschan** Elman Rustmanov sieht **wachsende Zeichen von wirtschaftlicher Stabilität** in seinem Land. Die Bank stelle eine allmähliche Erholung der Kreditvergabe fest. Das **Kreditportfolio des Bankensektors stieg**

im ersten Quartal um 1,4 Prozent, darunter Geschäftskredite um ein Prozent, Hypothekenkredite um 4,4 Prozent und Verbraucherkredite um 0,5 Prozent. Zuversicht verbreite auch die Aussicht darauf, dass bis zum Sommer weitere Corona-bedingte Beschränkungen aufgehoben würden. Unter den Bedingungen der Stabilität auf dem Devisenmarkt nehme die Dollarisierung sowohl bei den Einlagen als auch bei den Krediten weiter ab, was auf eine Zunahme des Vertrauens in die Landeswährung hinweist, resümierte der Vorstandsvorsitzende.

Konjunktur

Ukraine: Die ukrainische **Industrieproduktion stieg im März um 2,1 Prozent** im Jahresvergleich, nach einem Rückgang von 4,6 Prozent im Februar, berichtete der Staatliche Statistikdienst am 22. April. Die saisonbereinigte Produktion stieg im März um 1,8 Prozent gegenüber dem Vormonat. Die **Produktion im verarbeitenden Gewerbe stieg im März um 2,5 Prozent** im Vorjahresvergleich (nach einem Rückgang von 6,7 Prozent im Februar). Die Versorgung mit Elektrizität und Erdgas stieg um 7,3 Prozent und beschleunigte damit das Wachstum von 1,9 Prozent aus dem Februar.

Belarus: Die **wirtschaftliche Lage** in Belarus hat sich im ersten Quartal 2021 weiter **stabilisiert**. Erwartungen und gesamtwirtschaftliche sowie finanzielle Kennzahlen haben sich erholt. Die Prognosen für das Gesamtjahr zeigen jedoch ein hohes Maß an Unsicherheit und reichen von minus 2,2 bis plus zwei Prozent.

Armenien: Die **Verbraucherpreise stiegen** im April 2021 um 6,2 Prozent im Vergleich zum April 2020 und um 1,3 Prozent im Vergleich zum März 2021, **teilte das Nationale Statistikkomitee (NSC)** mit. Demnach stiegen die Verbraucherpreise in den ersten vier Monaten des Jahres 2021 um 5,4 Prozent im Vergleich zur gleichen Zeitspanne des Jahres 2020. Die Projektion der Regierung für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2021 liegt bei 3,2 Prozent, während die Inflation bei vier Prozent ($\pm 1,5$ Prozent) angesetzt ist. Die BIP-Wachstumsprognose der Zentralbank liegt bei 1,4 Prozent.

Georgien: Im April 2021 stieg der Verbraucherpreisindex um 0,9 Prozent gegenüber dem Vormonat, während die jährliche Inflationsrate 7,2 Prozent betrug, wie das Nationale Statistikamt Georgiens berichtet. Die Nationalbank von Georgien (NBG) erklärte, dass die abnehmende Inflation seit dem Dezember 2020 vor allem mit der Subventionierung von Versorgungsgebühren zusammenhängt.

Das „Europe and Central Asia Economic Update“ der Weltbank konstatiert, dass sich die georgische Wirtschaft wahrscheinlich erst Ende 2022 wieder auf das Niveau von vor dem Zusammenbruch erholen wird und erwartet im Jahr 2021 ein Wachstum des georgischen BIPs um vier Prozent.

Projekte

Die georgische Regierung unterstützt die Entwicklung der „Imereti Agro Zone“ (IAZ). Dort soll vor allem der Anbau von Obst und Gemüse in Gewächshäusern gefördert werden. Die IAZ soll auch zu einem Trainings- und Fortbildungszentrum ausgebaut werden. Über 50 internationale und georgische Firmen haben schon Interessenbekundungen abgegeben. Mehr Informationen finden sich unter www.iaz.ge. Präsentationen können auch beim OA erfragt werden.

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

Am 28. April 2021 hat die Online-Veranstaltung „**The forthcoming ACAA between the EU and Ukraine: What to expect?**“ mit über 100 Teilnehmern stattgefunden. Die Unterzeichnung eines ACAA - eines Abkommens über die Konformitätsbewertung und die Anerkennung von Industrieprodukten - zwischen der Ukraine und der EU, auch „visafreies Industrieregime“ genannt, wurde von der ukrainischen Regierung als höchste Priorität und als nächster Schritt in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine bezeichnet. In der Diskussion beleuchteten Jana Herceg, Leiterin der Wirtschafts- und Handelsabteilung der Delegation der EU in der Ukraine, Taras Kachka, stellvertretender Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Landwirtschaft sowie zwei Wirtschaftsvertreter, Anatolii Puschkar, Vorstandsvorsitzender, Alay LLC und Michailo Kotowenko, Finanzvorstand, Groupe SEB Ukraine, die politische und wirtschaftliche Dimension des Themas. Die Aufzeichnung der Veranstaltung finden Sie hier: [German Economic Team | Das bevorstehende ACAA zwischen der EU und der Ukraine: Was ist zu erwarten? Online-Veranstaltung am 28. April \(german-economic-team.com\)](#).

Am **3. Mai 2021** informierten **Omid Nouripour**, Außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, **Jean P. Froehly**, Leiter Arbeitsstab Ukraine im Auswärtigen Amt und **Philip Sweens**, Länderkreissprecher Ukraine im OA und Geschäftsführer HHLA International GmbH, über die aktuelle Lage in der Ukraine und tauschten sich mit rund 50 Vertretern der Ost-Ausschuss Mitgliedsunternehmen über die wirtschaftlichen Erwartungen unter anderem im Bereich Energie und Logistik aus.

Im Rahmen des Deutsch-Georgischen Wirtschaftsdialogs fand am **4. Mai 2021** unter Beteiligung der Regierungen beider Länder und des Ost-Ausschusses ein Agrarpanel statt. Ost-Ausschuss-Regionaldirektor Stefan Kägebein moderierte und Per Brodersen, Geschäftsführer der German Agribusiness Alliance (GAA), nahm an der Diskussion teil. In Georgien boomt die Landwirtschaft und soll eine starke Säule der regionalen Wirtschaft werden. Den ausführlichen Bericht finden Sie [hier](#). **Am 10. Mai** schloss sich ein Panel zu den

mittelfristigen Erwartungen für die georgische Wirtschaft an, das mit Key-Notes der georgischen Wirtschaftsministerin Natia Turnawa und des Wirtschaftsstaatssekretärs Thomas Bareiß MdB eröffnet wurde. Ost-Ausschuss Regionaldirektor Stefan Kägebein nahm aktiv an der folgenden Diskussion teil.

Termine

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Präsenzveranstaltungen planen wir, wenn es die Pandemielage wieder zulässt.

- **20. Mai: Erste Sitzung des Wirtschaftsbeirates im Rahmen der Deutsch-Ukrainischen Energiepartnerschaft** – nur auf Einladung
- **31. Mai: Briefing zur Privatisierungsinitiative Ukraine** gemeinsam mit Ukrainelvest, Privatisierungsagentur der Ukraine und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer

- **10. Juni: German Ukrainian Digital Partnership, #3 e-health**
Anmeldungen über www.gu-dp.cpom

#4 Education & HR – Ende Juni



Diese Veranstaltungsreihe zur **ukrainischen Digitalwirtschaft** findet in Kooperation mit den IT-Clustern Kiew, Charkiw und Dnipro, der Lwiw Startup School, der Ukrainian Venture Capital Association und der AHK Ukraine sowie NRW.Global Business statt.

- **24. Juni:** Hybridveranstaltung zum Status der privaten Pharma- und Medizinbranche in Belarus
- **Save the Date – Ende Juni:** Business Roundtable mit dem ukrainischen Wirtschaftsminister - nur für Mitglieder des Ost-Ausschusses

Tipps & Links

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Ein aktuelles Ranking zur Entwicklung der Corona-Lage in allen Ost-Ausschuss-Ländern mit den Veränderungen der Infektionslage zur Vorwoche und dem prozentualen Anteil der Infizierten an der Bevölkerung finden Sie [hier](#) auf der Internetseite des Ost-Ausschusses (siehe Tabelle als pdf-Download am Ende der Übersicht).

Unter folgenden Links finden Sie **aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region:**

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidshjan: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covid19.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Weiterhin können Sie sich zu den **aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus**, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien:
<https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidshjan
<https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus
<https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [Linkedin](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidtschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: s.kaegebein@oa-ev.de



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)